

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

135. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Dezember 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Eva Peters (CDU)
Reinhard Sager (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2342	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2320	
• Nachschiebelisten der Landtagsverwaltung und der Landesregierung Umdrucke 14/4029, 14/4033 und 14/4057	
• Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 14/4109	
• Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. Umdruck 14/4108	
• Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW Umdruck 14/4110	
2. a) Schülerbeförderungskosten	15
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1256	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2184	
3. Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein	17
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2420	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2466	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	18

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2435

**5. Finanzierung der Planungskosten für die Elektrifizierung der
Strecke Hamburg - Lübeck** **19**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/4066

**6. Umbau der Jugendarrestanstalt Rendsburg zur Abschiebungshaftanstalt,
Freigabe des Haushaltsansatzes 1999 - Titel 1209-711 32 -** **20**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Umdruck 14/4074

7. Haushaltsrechnung 1996 und Vermögensübersicht 1996 **21**

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/1117

und

**Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1996**

**Sonderbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung der
Haushalts- und Wirtschaftsführung des NordwestLotto**

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/2143

8. Information/Kenntnisnahme **22**

9. Verschiedenes **23**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2342

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2320

- **Nachschiebelisten der Landtagsverwaltung und der Landesregierung**
Umdrucke 14/4029, 14/4033 und 14/4057

- **Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Umdruck 14/4109

- **Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P.**
Umdruck 14/4108

- **Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW**
Umdruck 14/4110

Abg. Sager merkt an, dass die CDU-Fraktion keine Einzelanträge zum Haushalt 2000 vorlegen werde. Erstens werde der Haushaltsentwurf 2000 in seiner Grundstruktur abgelehnt, und zweitens sei er mit Risiken in der Größenordnung von 192,2 Millionen DM aus den bevorstehenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss behaftet.

Der Heiterkeit, die diese Aussage bei den Koalitionsfraktionen auslöst, begegnet Abg. Sager mit einem Hinweis auf das entsprechende Verhalten der SPD als Oppositionspartei im Bundestag in den letzten Jahren und stellt heraus, dass die Haltung der CDU nicht ungewöhnlich sei. Anstelle von Einzelanträgen werde die CDU - wie in den Vorjahren - einen Entschließungsantrag vorlegen und auch rechtzeitig den übrigen Mitgliedern des Finanzausschusses zuleiten. In diesem Antrag werde die Grundstruktur der Haushalts- und Finanzpolitik der CDU für die Zeit von März 2000 an, in der sie gemeinsam mit der F.D.P. die neue Landesregierung bilden werde, aufgezeigt werden

Abg. Neugebauer merkt an, dass das Verhalten der CDU nach seiner Kenntnis einen einmaligen politischen Vorgang in der Parlamentsgeschichte des Landes Schleswig-Holstein darstelle. Es gebe keinen Alternativvorschlag der größten Oppositionsfraktion zum Haushaltsentwurf der Landesregierung. Dies sei ein politisches Armutszeugnis insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die kleinere Oppositionsfraktion sehr wohl in der Lage gesehen habe, in einer aus ihrer Sicht konstruktiven Art und Weise an der Finanzdebatte teilzunehmen. Er sehe in diesem Verhalten der CDU auch eine Missachtung des Parlaments und die SPD werde auf diese Verweigerungshaltung entsprechend reagieren.

Abg. Heinold führt aus, dass die CDU-Fraktion in den letzten beiden Jahren einen Entschließungsantrag zumindest im Finanzausschuss eingebracht habe. Dass die CDU es in einem Wahlkampfsjahr nicht schaffe, sich auf ein parlamentarisches Verfahren einzulassen, empfindet sie als „Verarschung“.

Abg. Kubicki legt dar, bei aller Wertschätzung des von Abg. Sager angekündigten Verfahrens, wonach die künftige CDU/F.D.P.-Landesregierung neue finanzpolitische Gestaltungsräume dokumentieren werde, teile er die Auffassung der Abg. Heinold, dass der Entschließungsantrag zumindest noch im Finanzausschuss hätte eingebracht werden müssen. Das Verhalten der CDU enttäusche ihn und er bitte, den Entschließungsantrag wenigstens nicht als Tischvorlage einzubringen.

Abg. Spoorendonk schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Heinold und Kubicki an und gibt ihrer Enttäuschung über das Verhalten der CDU Ausdruck.

Abg. Astrup bemerkt, in der vorigen Woche habe Abg. Stritzl die Tatsache, dass die CDU keine Einzelanträge vorlege, mit der Ausrede begründet, dass die Terminierung des Vermittlungsausschusses in Berlin den Zeitplan der Haushaltsberatungen verändert habe, und auf die Beschlusslage seiner Partei vom Juli hingewiesen. Wenn eine Fraktion stets davon rede, dass alles Mögliche - gleichgültig, mit welchem zeitlichen Vorlauf - regelrecht durchgepeitscht werde,

selbst aber nicht in der Lage sei, einige wenige Essentials ihrer Politik in Anträge zu gießen, sei das für die CDU ausgesprochen peinlich und - als private Meinungsäußerung - schlicht mit dem Wort „Faulheit“ zu qualifizieren. Er sei enttäuscht, habe allerdings auch nichts anderes erwartet. Die Haltung der CDU stelle eine Missachtung des Finanzausschusses und des Parlaments in seiner Gesamtheit dar.

Abg. Sager empfindet es als heuchlerisch, wenn von Peinlichkeit gesprochen werde oder wenn die Einstufung des von der CDU gewählten Verfahrens mit einer Privatmeinung bewertet werde. Offenbar wollten es die Koalitionsfraktionen der Landesregierung durchgehen lassen, dass sie - wegen des ausgesprochen chaotischen Verfahrens von Rot-Grün auch in Berlin - bis kurz vor Weihnachten keinen verabschiedungsreifen Haushaltsentwurf vorlege, empöre sich aber „bis zum Gehtnichtmehr“, wenn umgekehrt die Oppositionsfraktion keine Widerspiegelung des Gesamthaushalts auf der Basis von Zahlenmaterial vorzulegen imstande sei.

Nicht richtig sei - so betont Abg. Sager -, dass die CDU keine Alternative aufzuzeigen habe. An dem angekündigten Entschließungsantrag, der Anfang kommender Woche - und nicht wie die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses erst kurz vor der zweiten Lesung - vorgelegt werde, werde mühelos erkennbar sein, dass sich die CDU komplett mit allen Facetten der Haushaltspolitik des Landes beschäftigt habe. Im übrigen mache es keinen Sinn, auf einzelnen Vorgängen „herumzureiten“; wenn man selbst nicht in der Lage sei, in einer Pressekonferenz auf Nachfragen von Journalisten Auskünfte über das bewegte Volumen zu geben, sei dies schlicht als peinlich zu bewerten.

Abg. Kubicki steht auf dem Standpunkt, dass man es sich - bei aller Wertschätzung des Koalitionspartners - so einfach nicht machen dürfe. In der vorigen Woche habe Abg. Stritzl ihm gegenüber erklärt, das Antragspaket sei erarbeitet und müsse nur noch der Fraktion zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Tatsache, dass etwa 190 Millionen DM hin- und herbewegt werden müssten, sei im Übrigen nichts Neues. Auch unter der alten Bundesregierung habe der Schleswig-Holsteinische Landtag immer wieder vor der Situation gestanden, die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses erst zu einem sehr späten Zeitpunkt in den Haushaltsentwurf des Folgejahres einarbeiten zu können.

Er hätte wenigstens erwartet, dass die CDU den angekündigten Entschließungsantrag in der heutigen Sitzung vorlege oder gegebenenfalls auf eine Verschiebung der Sitzung dränge. Das Ergebnis des Verhaltens der CDU sei doch, dass sich der Landtag im Zuge der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 2000 mit dem Entschließungsantrag werde beschäftigen müssen, ohne ihn zuvor im Finanzausschuss und den Fraktionen beraten zu haben.

Eine allgemein gehaltene Aussage in dem Entschließungsantrag - zum Beispiel, dass die neue Landesregierung mehr für die Polizei tun wolle - sei zwar ein schöner Satz, stehe allerdings, solange sie nicht mit Zahlen unterfüttert werde, im luftleeren Raum. Dies werde der CDU von der Öffentlichkeit nicht als seriöses Verhalten abgenommen. Auch die CDU werde schließlich Farbe bekennen müssen, wo sie die Schwerpunkte ihrer Haushaltspolitik zu setzen gedenke und wie sie sich deren Finanzierung vorstelle. Er bitte die CDU, dem Parlament ihre Überlegungen zum Haushaltsentwurf 2000 möglichst schnell zuzuleiten. Anderenfalls werde die Kritik der CDU an den Etatberatungen durch das eigene Verhalten ad absurdum geführt.

Die Frage der Abg. Heinold, ob die CDU die Beratung der Anträge im Finanzausschuss für überflüssig halte, beantwortet Abg. Sager mit „grundsätzlich nein“. Er fügt hinzu, dass die CDU ein anderes haushaltstechnisches Verfahren einzuschlagen beabsichtige, indem ein Entschließungsantrag zum gesamten Haushalt vorgelegt werde; darüber hinaus werde dieser Entschließungsantrag keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die Vorschläge der CDU seriös finanziert seien.

Abg. Neugebauer erklärt, mit Umdruck 14/4126 werde das Ergebnis der Befassung mit den F.D.P.-Anträgen vorgelegt; die übrigen F.D.P.-Anträge seien aus der Sicht der SPD unsolide gegenfinanziert und unseriös.

Abg. Neugebauer geht weiter auf die Anträge des SSW, Umdruck 14/4112, ein und stellt heraus, dass sich die Koalitionsfraktionen nicht in der Lage sähen, dem Ansinnen auf Erhöhung des Zuschusses für die dänische Zentralbibliothek zu entsprechen. Hinsichtlich des Zuschusses an das Nordfriesische Institut seien die Koalitionsfraktionen übereingekommen, einen gemeinsamen Antrag zu stellen und eine Erhöhung des Ansatzes um 10.000 DM vorzusehen; dieser Antrag liege mit Umdruck 14/4127 vor. - Abg. Sporendonk wirft ein, dass sogar ihr Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 20.000 DM nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen wäre.

Der SSW-Antrag zur Förderung ostseepolitischer Aktivitäten - so fährt Abg. Neugebauer fort - werde von den Koalitionsfraktionen für sinnvoll gehalten; diesem Antrag werde zugestimmt werden. Außerstande sähen sich die Koalitionsfraktionen, dem Antrag des SSW auf Erhöhung des Ansatzes um 320.000 DM zu entsprechen, hielten allerdings eine Erhöhung des Ansatzes um 290.000 DM für verantwortbar.

Schon jetzt biete er an - so betont Abg. Neugebauer abschließend -, Abrundungen, die sich per saldo nach der heutigen Beschlussfassung ergeben sollten, beim Ansatz für die Kreditaufnahme zu berücksichtigen.

Abg. Heinold spricht Umdruck 14/4063 an und erklärt, dass die Koalitionsfraktionen den Vorschlag des Umweltausschusses auf Erhöhung der Mittel für den Naturschutz zur Aufstockung des Grundkapitals übernehmen würden.

Abg. Heinold nimmt weiter Bezug auf Umdruck 14/4109 und teilt mit, dass ein Fehler unterlaufen sei; in den Erläuterungen zu Titel 1606-684 05 müsse der Betrag von 400.000 DM durch den Betrag von 390.000 DM ersetzt und das Wort „mindestens“ gestrichen werden.

Abg. Sager erklärt, dass die CDU den Anträgen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen werde, allerdings den Anträgen der F.D.P. grundsätzlich die Zustimmung geben werde, weil sie in ihrer Gesamtheit in die gleiche Richtung zielten wie die Vorstellungen der CDU.

Abg. Sager spricht weiter die Änderungsanträge des SSW an und erklärt, dass die CDU lediglich dem Antrag auf Erhöhung des Ansatzes für den Bau von Schulen der dänischen Minderheit zustimmen werde.

Abg. Neugebauer teilt mit, dass die Koalitionsfraktionen zur Verhinderung einer Erhöhung der Kreditaufnahme vorschlugen, bei Titel 1111-654 02, Zuschuss an den Ausgleichsfonds gemäß § 6 Abs. 4 LAG, das Soll dem Bedarf anzupassen und den Ansatz von 3,9 Millionen auf 3,6 Millionen DM zu reduzieren - Umdruck 14/4148 -.

Abg. Astrup begrüßt die Erklärung des Abg. Sager, dass die CDU dem Antragspaket der F.D.P. zustimmen werde. Dies gebe der SPD die Möglichkeit, feststellen zu können, inwieweit die CDU diesem Anspruch mit ihrer Haushaltsrede genüge. Gleichwohl stelle sich die Frage, ob es in dem Abstimmungsverhalten die eine oder andere Ausnahme geben werde.

Abg. Sager präzisiert seine Aussage dahin, dass die CDU nicht jedem Einzelantrag der F.D.P. zustimmen werde, und wiederholt seine Aussage, die F.D.P.-Anträge zielten in die richtige Richtung und dokumentierten die finanzpolitische Grundübereinstimmung zwischen CDU und F.D.P.

Abg. Kubicki bittet daraufhin, das Antragspaket der F.D.P. aufzuschnüren und über die Anträge einzeln abzustimmen.

Abg. Heinold fragt, ob die CDU dem F.D.P.-Antrag zu Titel 0802-685 61, Tourismusmarketing, in der Ursprungsfassung oder in der von den Koalitionsfraktionen übernommenen Fassung zustimmen werde. Abg. Sager erklärt, er sehe sich im Augenblick zu einer Antwort au-

berstande, da er nicht der „Finanzmogul“ der CDU sei, sagt aber zu, dass sich die CDU mit dieser Thematik beschäftigen und sich dazu auch äußern werde.

Abg. Astrup erklärt, es sei schwierig, einem Verhandlungspartner gegenüberzusitzen, „der offensichtlich keine Prokura hat“, und wirft die Frage auf, wie die Verhandlungen im Finanzausschuss zu Ende geführt werden sollen, wenn sich alle Beteiligten in derselben Weise verhielten.

Abg. Astrup fragt, ob die CDU den Antrag der F.D.P. auf Reduzierung des Ansatzes bei Titel 1005-883 01, Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen, um 1 Million DM zustimmen werde. - Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Antwort auf diese Frage nicht gegeben wird.

Abg. Heinold merkt an, dass man sich die weiteren parlamentarischen Beratungen sparen könne, wenn sich die CDU mit den seit einer Woche vorliegenden Anträgen nicht beschäftigt habe. Abg. Sager erklärt, seiner Grundsatzbewertung zu den vorliegenden Anträgen sei zu entnehmen, dass sich die CDU-Fraktion mit den Anträgen beschäftigt habe. Er sehe sich allerdings außerstande, zu jeder einzelnen Position Stellung zu nehmen.

Abg. Neugebauer merkt an, die Koalitionsfraktionen seien daran interessiert zu erfahren, in welchen Punkten es eine Übereinstimmung zwischen CDU und F.D.P. gebe, und beantragt, über die Anträge der F.D.P. und des SSW jeweils einzeln abzustimmen. - Dieser Antrag wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P. und Nichtbeteiligung der CDU angenommen.

Die **Anträge der F.D.P.** zu den Einzelplänen 01, 03, 04 und 05 werden in Einzelabstimmung jeweils mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Die Anträge der F.D.P. zum Einzelplan 07, Umdruck 14/4108, werden ersetzt durch den Antrag Umdruck 14/4129.

Zur laufenden Nummer 14 des F.D.P.-Antrages - 0710-MG 04 - liegt der von Abg. Neugebauer bereits angesprochene Änderungsantrag, Umdruck 14/4126, vor. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion von Abg. Neugebauer zurückgezogen und der Antrag der F.D.P. wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Die übrigen Anträge der F.D.P. zum Einzelplan 07, Umdruck 14/4129, werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einzelplan 08, Umdruck 14/4126, Buchst. b - 0802-685 61, Tourismusmarketing -, wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen. Der entsprechende Titel in dem Antragspaket der F.D.P., Umdruck 14/4108, Lfd. Nr. 33, wird vom Antragsteller für erledigt erklärt.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU wird der Antrag der F.D.P. zu Titel 0802-683 01 abgelehnt.

Die Änderungsanträge der F.D.P. zu den Einzelplänen 09, 10, 11, 13 und 16 werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Abg. Astrup erklärt, das Abstimmungsergebnis beunruhige ihn, weil sich die von Abg. Sager zunächst erklärte grundsätzliche Zustimmung zum Antragspaket der F.D.P. in 13 Enthaltungen niedergeschlagen habe, während sich die unterschiedlichen Interessen zwischen F.D.P. und SPD darin zeigten, dass bei zwei Anträgen Übereinstimmung bestehe.

Abg. Kubicki merkt an, einige seiner Anträge betreffen sogenannte Kernaussagen über bestimmte Beauftragtenstellen. Die CDU habe die bisher öffentlich vertretene Auffassung, diese Stellen müssten abgeschafft werden, finanzpolitisch nicht unterlegt.

Zur Abstimmung stehen im Folgenden die Anträge des **SSW**, Umdruck 14/4110.

Der Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die dänische Zentralbibliothek wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Der Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an das Nordfriesische Institut wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

Der Antrag auf Erhöhung des Ansatzes zur Förderung ostseepolitischer Aktivitäten wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen

Der Antrag auf Erhöhung des Zuschusses zum Bau von Schulen der dänischen Minderheit um 320.000 DM wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen zwei Stimmen der CDU bei Enthaltung der Abgeordneten Peters abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Neugebauer auf Erhöhung des Ansatzes um 290.000 DM wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der Abgeordneten Peters angenommen.

In dem Antragspaket von **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** werden zunächst folgende Korrekturen vorgenommen:

Der Ansatz in Höhe von 9.000 DM bei Titel 0901-518 02 wird gestrichen; stattdessen wird ein neuer Titel mit einem Ansatz von 9.000 DM und der Zweckbestimmung „Leasingrate für Fahrzeuge“ ausgebracht.

Bei Titel 1005-684 06, Förderung des freiwilligen sozialen Jahres, wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 125.000 DM für das Jahr 2001 ausgebracht.

AL Rohs weist darauf hin, dass in der Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten, Umdruck 14/4063, folgende Titelbezeichnung ausgewiesen werden müsse: 1302-894 71.

Im Folgenden steht das Antragspaket von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung. Vorgezogen werden diejenigen Anträge, denen Abg. Kubicki zustimmt.

Die Anträge zu Kapitel 0705 werden mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen zwei Stimmen der CDU und bei einer Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Titel 0710-681 10 werden mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Kapitel 0717 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Kapitel 0733 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Titel 0802-684 07 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen zwei Stimmen der CDU bei einer Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Titel 0902-681 03 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Auf Vorschlag von Abg. Kubicki, der von Abg. Neugebauer zum Antrag erhoben wird, wird der Haushaltsvermerk wie folgt ergänzt: „Die Erläuterungen sind in Punkt 4 gemäß § 17 LHO verbindlich.“

Der Antrag zu Titel 1005-684 06 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Titel 1302-684 02 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag zu Titel 1606-684 07 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der CDU angenommen.

Die übrigen Anträge des Antragspakets von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Der Antrag des Abg. Neugebauer zu Titel 1111-654 02, Umdruck 14/4148, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

Die **Nachschiebeliste der Landtagsverwaltung**, Umdrucke 14/4029 und 14/4057, wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Die **Nachschiebeliste der Landesregierung**, Umdruck 14/4033, die von der SPD als Antrag übernommen wird, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Den **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003** nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Auf eine Frage des Abg. Kubicki erklärt die Vorsitzende, dass der Finanzausschuss mit der heutigen Sitzung die Beratungen des Haushaltsentwurfs 2000 abschließen. Eventuelle Änderungen des Entwurfs, die sich aus den Ergebnissen im Vermittlungsausschuss in Berlin ergeben, könnten in der für den 17. Dezember einberufenen Sitzung des Finanzausschusses beraten werden.

Abg. Peters bezeichnet diese Überlegungen als „Unsinn“. Die Finanzausschusssitzung sei offensichtlich nur deshalb auf den 17. Dezember terminiert worden, um eventuelle Änderungen vor der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs beraten und darüber beschließen zu können.

Abg. Neugebauer hält es für geboten, in der heutigen Sitzung die Beratungen abzuschließen und dem Parlament eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Im Blick auf die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses und mögliche Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf sei vorsorglich zu einer Sitzung des Finanzausschusses eingeladen und die zweite Lesung von der Dezembertagung auf eine außerordentliche Tagung am 21. Dezember verschoben worden. Die Koalitionsfraktionen behielten sich vor, gegebenenfalls Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2000 vorzulegen.

Der Haushaltsentwurf 2000 wird in der **Schlussabstimmung** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Schülerbeförderungskosten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1256

(überwiesen am 19. Februar 1998 an den Bildungsausschuss, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2184

(überwiesen am 2. Juni 1999 an den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss)

- Fortsetzung der Beratung vom 7. Oktober 1999 -

Abg. Sager erklärt, dass es in der Beratung keine Fortschritte gebe; weder sei das Problem gelöst, noch verfüge die Landesregierung über ein Konzept. Er stehe auf dem Standpunkt, dass der Antrag der CDU im Augenblick nicht abstimmungsreif sei.

Die Vorsitzende hält dagegen, die Landesregierung habe klar gemacht, dass sie sich zur Vorlage eines Konzeptes ohne Auswirkungen auf den Landeshaushalt nicht in der Lage sehe.

Abg. Spoorendonk betont, dass sie ihren Gesetzentwurf nicht zurückziehen könne. Der Auftrag sei klar formuliert. Die in der Verfassung verankerte Staatszielbestimmung müsse endlich umgesetzt werden.

Abg. Sager widerspricht der Aussage der Abg. Heinold, dass sich die CDU offensichtlich noch keine Meinung zu der Thematik gebildet habe. Abg. Astrup meint, dass die CDU ohne weiteres einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2000 vorlegen könne.

Abg. Sager führt aus, dass sich erstens die CDU noch keine abschließende Meinung zu dem nicht vorliegenden Konzept der Landesregierung habe bilden können und dass zweitens die Koalitionsfraktionen, die über die Mehrheit verfügten, gefordert seien.

Abg. Kubicki erklärt, dass er wegen der nicht darstellbaren Finanzierbarkeit dem Gesetzentwurf des SSW seine Zustimmung verweigern müsse, und plädiert dafür, über den Gesetzentwurf zu befinden und ihn nicht etwa der Diskontinuität anheimfallen zu lassen.

Abg. Peters legt dar, die CDU habe in jeder Sitzung auf die Schwierigkeit des Themas hingewiesen und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass sie dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne.

Der **Gesetzentwurf des SSW** wird mit den Stimmen aller Fraktionen abgelehnt.

Der **Antrag der CDU** wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2420

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/2466

(überwiesen am 14. Oktober 1999 an den Finanzausschuss und den Agrarausschuss)

- Fortsetzung der Beratung vom 4. November 1999 -

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Abg. Kubicki, als Konsequenz aus der Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2000 beide Anträge für erledigt zu erklären.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2435

hierzu: Umdruck 14/4085

(überwiesen am 13. Oktober 1999 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den **Finanzausschuss**)

Der Ausschuss folgt einstimmig dem Vorschlag der Vorsitzenden, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Finanzierung der Planungskosten für die Elektrifizierung der
Strecke Hamburg - Lübeck**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/4066

Abg. Heinold stellt zum Antrag auf Zustimmung den folgenden Ergänzungsantrag:

„Der Finanzausschuss erwartet über die jetzt vorliegende Vertragsregelung hinaus, dass sich die Landesregierung weiterhin dafür einsetzt, dass die Elektrifizierung so geplant wird, dass ein späterer dreispüriger Ausbau der Strecke, insbesondere im Abschnitt Oldesloe - Hamburg-Horn, umgesetzt werden kann.“

Der Ausschuss stimmt der Vorlage und dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Umbau der Jugendarrestanstalt Rendsburg zur Abschiebungshaftanstalt,
Freigabe des Haushaltsansatzes 1999 - Titel 1209-711 32 -**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Umdruck 14/4074

Abg. Neugebauer bittet, die erbetene Zustimmung mit folgender Vorgabe zu verknüpfen:

„Der Finanzausschuss geht davon aus, dass die freigegebenen Mittel ausschließlich für die eigentlichen Umbaumaßnahmen verwendet werden. Über den weiteren Mitteleinsatz insbesondere für die so genannte Mauerkronensicherung soll nach Vorlage einer HU Bau entschieden werden.“

Einstimmig beschließt der Ausschuss in diesem Sinne.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung 1996 und Vermögensübersicht 1996

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/1117

und

**Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1996**

**Sonderbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung
der Haushalts- und Wirtschaftsführung des NordwestLotto**

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/2143

hierzu: Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3997

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Die Vorsitzende erinnert an die Verabredung, im Januar 2000 das Thema „Glückspielszene in Schleswig-Holstein“ zum Beratungsgegenstand im Finanzausschuss zu machen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/4063 - Beantwortung von Fragen zum Epl 13

Umdruck 14/4069 - Beantwortung von Fragen zum Epl 04 und zu Kap. 1204

Umdruck 14/4078 (neu) - Projektförderungen in Schleswig-Holstein

Umdruck 14/4112 - üpl und apl III/1999

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende verliest das Schreiben der GMSH zur Korrektur der Niederschrift über die 132. Sitzung des Finanzausschusses, Umdruck 14/4111.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer